Basel, den 3. März 1934 XXXIV. Jahrgang / No. 9

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.

Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE. Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär

Inhalt: Verband schweiz. Konsumvereine V. S. K.: Einladung zur 45. ordentlichen Delegiertenversammlung. — Währungsfragen. — Korporation und Konsument. — 40 Jahre seit dem Tode von Ernst Busch. — Volkswirtschaft. — Kurze Wirtschafts-Nachrichten. — Aus der Praxis. — Genossenschafts-Chronik. — Aus unserer Bewegung. — Verbandsnachrichten. — Bibliographie.

Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.)

Einladung

zur

45. ordentlichen Delegiertenversammlung

In Ausführung von § 29 der Verbandsstatuten macht der Unterzeichnete hiermit bekannt, dass der Aufsichtsrat beschlossen hat, die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung auf den **16. und 17. Juni 1934** nach **Luzern** einzuberufen.

Die Versammlung tagt im

Kunst- und Kongresshaus in Luzern.

Die Verhandlungen beginnen:

Samstag, den 16. Juni 1934, vormittags 9 Uhr.

Die **Tagesordnung** ist folgendermassen festgestellt worden:

1. Eröffnungsrede des Vorsitzenden der Delegiertenversammlung und Begrüssung der Gäste.
2. Ernennung der Stimmenzähler.
3. Wahl eines Vizepräsidenten.
4. Behandlung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung und der dazu gestellten Anträge.
   Referent: Herr Dr. **B. Jaeggi.**
5. Antrag der Verwaltungskommission und des Aufsichtsrates auf Revision von § 35 der Verbandsstatuten:

   In § 35 wird folgender neuer Absatz 4a aufgenommen:

   «Die Delegiertenversammlung kann überdies Mitglieder der Verwaltungskommission, die nach mindestens 25-jähriger verdienstvoller Tätigkeit aus dieser Stellung ausscheiden, sowohl in den Aufsichtsrat wie in den Ausschuss wählen, um die wertvollen Kenntnisse und Erfahrungen solcher Genossenschafter auch fernerhin für den Verband nutzbar zu machen. Ein so gewähltes Mitglied hat gleiche Rechte und Pflichten sowie die gleiche Amtsdauer wie die in Absatz 2 genannten Mitglieder des Aufsichtsrates.»

   Referent: Herr **E. Angst,** Präsident des Aufsichtsrates.
6. (Im Falle der Annahme der unter Traktandum 5 beantragten Statutenrevision):

   Antrag der Verwaltungskommission und des Aufsichtsrates:

   Als weiteres Mitglied des Aufsichtsrates und des Ausschusses des V.S.K. im Sinne von § 35, Absatz 4a, der Verbandsstatuten wird gewählt: Herr Dr. **B. Jaeggi,** Freidorf, bisher Präsident der Verwaltungskommission des V. S. K.
7. Wahlen in den Aufsichtsrat:
   Periodische Erneuerungswahlen:

   In den Austritt kommen:

   a) Von den Mitgliedern des Ausschusses des Aufsichtsrates: die Herren **E. Angst** und Dr. **F. Weckerle.**

   b) Von den Mitgliedern der Verbandsvereine der französischen Schweiz: die Herren Dr. **A. Suter,** Lausanne, **Ch. U. Perret,** Neuenburg, **E. Schneeberger,** Sonceboz.

   c) Das Mitglied der Verbandsvereine der italienischen Schweiz: Herr Nationalrat **Fr. Rusca,** Chiasso.

   d) Von den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates: Herr **R. Störi,** Hätzingen.
8. Wahl eines Verbandsvereins zur Besetzung der Kontrollstelle.

   Von den drei gegenwärtigen Revisionsvereinen Fontainemelon, Wetzikon und Brig kommt Fontainemelon in Austritt.
9. Wahl des Ortes der nächsten Delegiertenversammlung.
10. «Gegenwartsfragen der Genossenschaften», Referent: Herr Dr. **O. Schär,** Vizepräsident der Verwaltungskommission des V. S. K.
11. Anträge von Verbandsvereinen und Kreisverbänden.

Gemäss § 33 der Verbandsstatuten müssen allfällige Anträge von seiten der Kreisverbände oder Verbandsvereine, über welche die Delegiertenversammlung endgültig entscheiden soll, spätestens vier Wochen vor der Delegiertenversammlung, also dieses Jahr bis spätestens 18. Mai 1934, der Verwaltungskommission eingesandt werden.

Der Präsident des Aufsichtsrates:
E. Angst.

Basel, den 17. Februar 1934.

Währungsfragen.

Referat von Herrn Direktor H. Küng an der Generalversammlung der Genossenschaftlichen Zentralbank.

Man hat mich ersucht, an der diesjährigen Generalversammlung ein Referat zu halten über die sog. Währungsfrage. Obschon es sich dabei um eine Angelegenheit handelt, die dem Fernstehenden nicht ohne weiteres verständlich ist, komme ich der an mich ergangenen Aufforderung doch gerne nach, weil das Thema nach allem, was in letzter Zeit vorgefallen ist, auch die Allgemeinheit interessiert und nicht zuletzt auch für die Genossenschaften und Gewerkschaften von grossem Interesse geworden ist. Dabei kann ich Ihnen natürlich nicht etwa einen hoch wissenschaftlichen Vortrag halten, einmal weil ich ja nur Praktiker und nicht sog. «Wissenschaftler» bin, dann aber auch, weil Ihnen wissenschaftliche Formeln doch nicht viel nützen und Ihnen die Materie kaum näher bringen würden. Ich will deshalb versuchen, Ihnen über das Thema vom Standpunkt des Praktikers in möglichst leichtverständlicher Weise einen Begriff zu vermitteln, wobei ich Ihnen zum bessern Verständnis einleitend einige notwendige theoretische Erläuterungen geben muss.

Wenn auch die Freigeldtheoretiker oder andere «moderne» Wirtschaftspropheten anderer Meinung sind, was indessen ja nicht viel besagen will, so steht auf Grund alter Erfahrungen doch soviel einwandfrei fest, dass alle Währungsexperimente auf die Dauer schädlich sind und deshalb die Aufrechterhaltung einer geordneten und stabilen Währung für ein gesundes Wirtschaftssystem und damit auch für die Wohlfahrt eines Landes eine erste Voraussetzung ist. Aus diesem Grunde ist es Aufgabe und auch Pflicht des Staates, dafür zu sorgen, dass diese Stabilität vorhanden ist und jeder Einzelne Gewähr dafür erhält, dass sein Besitztum, sei es klein oder gross, sein Verdienst etc. nicht zufälligen Wertschwankungen unterworfen sind und quasi in der Luft hängen. Aber nicht nur das Individuum hat an einer stabilen, am Golde verankerten Währung das grösste Interesse, sondern auch Handel und Industrie, die ihre Kalkulationen auf einer zuverlässigen Währungsbasis aufbauen müssen. Wenn zu den normalen Schwankungen der Warenmärkte noch solche der Währung kommen, so erschwert das dem Kaufmann, der mit all diesen Faktoren zu rechnen hat, seine Aufgabe ausserordentlich, ja es kann — je nach dem Umfang dieser Fluktuationen — zu derartigen Kalkulationsdifferenzen führen, dass sie eine eigentliche Existenzfrage für ganze Industriezweige werden. Mit der Kontrolle der Währung beauftragt der Staat die Notenbank, die darin eine ihrer wesentlichsten Aufgaben zu erblicken hat. Sie hat dafür zu sorgen, dass die Schwankungen der ihr anvertrauten Währung innerhalb ganz bestimmter Grenzen bleiben. Zur Regulierung resp. zur Aufrechterhaltung der gesetzlich geregelten Währungseinheit stehen ihr verschiedene Mittel zur Hand, und wir wollen vorerst einmal sehen, in welcher Weise sie den eigenen Wechselkurs, also ihre Währungsparität, theoretisch innerhalb ganz geringer Grenzen, d. h. innerhalb der beiden Goldpunkte, halten kann.

Unter der Währungsparität verstehen wir in Ländern mit Goldwährung eine ganz bestimmte Relation zum Golde. Das Gold ist der Wertmesser und die Grundlage für eine Währungseinheit, und auf ihm ist das ganze Währungssystem aufgebaut. Für diese Wertgrundlage kann natürlich nicht jedes beliebige Metall herangezogen werden, sondern nur ein solches, das vielseitig verwendbar und allgemein gesucht, zwar regelmässig, aber nur in geringer Menge vorkommt und infolgedessen einen hohen und vor allem möglichst stabilen Wert hat. Früher fielen auch dem Silber diese Funktionen zu, und auch heute gibt es noch einige wenige Länder, die reine Silberwährungen haben, wie z. B. China, Abessinien etc.; aber die grossen Preisschwankungen am Silbermarkte liessen erkennen, dass das Silber als Währungsmetall die nötigen Eigenschaften nicht besitzt, und die meisten Kulturstaaten wandten sich in der Folge davon ab, um das weit wertvollere Gold als Wertbasis anzunehmen. Die Einheit, resp. die Geldart, kann selbstverständlich von Land zu Land verschieden sein, wie aus den mannigfachen Währungsbezeichnungen hervorgeht, nämlich Dollars, Livres sterlings, Franken, Kronen, Gulden, Mark etc., aber innerlich besteht doch eine enge Verbundenheit unter ihnen, weil alle auf demselben System beruhen, nämlich in einem fest umschriebenen und gesetzlich geregelten Verhältnis zum Gold. Mit dieser Verbundenheit zu einem einheitlichen Nenner ist es möglich, die einzelnen Währungen untereinander in ein genau festgelegtes Verhältnis zu bringen, so dass jede Schwankung von Währung zu Währung automatisch in den sog. Wechselkursen, d. h. dem Preis für eine Devise zum Ausdruck kommen muss. Diese Bewegungen halten sich bei einer stabilen und normal funktionierenden Währung innerhalb ganz bestimmter Grenzen, die man sog. Goldpunkte nennt, einen obern und einen untern. Zwischen diesen beiden Preisgrenzen pendelt der Wechselkurs nun hin und her, und er kann gar nicht in nennenswertem Masse darüber hinauskommen, wenn der Währungsmechanismus richtig funktioniert. Wie geht das zu? Ich will Ihnen das zum bessern Verständnis an Hand eines Beispiels zeigen und wähle zu diesem Zwecke die Relation Schweiz — Deutschland, also Franken zu Mark. Das gleiche Beispiel kann natürlich auf jede andere Goldwährung angewendet werden, aber wir haben leider bald keine normal funktionierenden Goldwährungen mehr. Unsere schweizerische Währungseinheit ist, wie Sie wissen, der Franken, unser immer noch guter Schweizerfranken. Unsere Münzordnung schreibt vor, dass aus 1 kg Münzgold $^9/_{10}$ fein 3100 Franken geprägt werden müssen. Das deutsche Münzgesetz aber sieht für 1 kg Feingold 2790 Mark vor. Wenn wir also vergleichen, so ergibt sich folgendes: 2790 Mark sind $\frac{3100 \times 10}{9}$ weil $^9/_{10}$ fein, = Fr. 3444.44, weil beide 1 kg feines Gold erhalten. Die Münzparität ist also $\frac{3444{,}44}{2790}$, was für die Mark einen theoretischen Wert von 1.2346 oder für 1 Franken gleich 81 Pfennig ergibt. Wenn nun von der Schweiz nach Deutschland Zahlungen geleistet werden müssen und die Mark über 123.46 Schweizer Franken notiert, so liegt es selbstredend nicht im Interesse des Zahlenden, Devisen zu einem höhern Kurse zu kaufen als die Währungsparität, sondern die Abdeckung der deutschen Forderung würde ganz einfach in Gold geschehen. Da sich jedoch die Ueberweisung von Gold nicht so einfach bewerkstelligen lässt wie ein Giroübertrag, weil da Transportkosten und Versicherungsspesen hinzukommen, so ist zu dem Kurse von 123.46 noch ein Zuschlag für diese Spesen zu machen. Es gilt also genau auszurechnen, wie hoch diese Spesen sind, und darüber gibt die Praxis genaue Anhaltspunkte. Wenn wir diese kennen, so

kennen wir auch den obern Goldpunkt, indem er sich aus der Währungsparität plus Spesen ergibt. Haben wir dagegen aus Deutschland Zahlungen zu erhalten und die Mark liegt unter 123.46, so dass wir sie also ungünstiger verwerten könnten, so ist zu überlegen, ob sich unsere Rechnung besser stellt, wenn wir blosse Ueberweisungen annehmen und diese zum Tageskurs verwerten, oder ob es vorteilhafter ist, wenn wir uns in Gold bezahlen lassen, die Transportkosten auf uns nehmen und das Gold bei uns verwerten. Der untere Goldpunkt ergibt sich also aus Parität ÷ Spesen inkl. Prägungskosten.

Die beiden Goldpunkte liegen bei Nachbarländern wie beispielsweise Deutschland oder Frankreich — Schweiz natürlich näher als zwischen weit entfernten Ländern, weil da für Goldtransporte viel höhere Transportkosten entstehen, insbesondere wenn es sich um Schiffstransporte, die entsprechend höhere Versicherungsprämien bedingen, handelt. Je geringer also die Kosten, desto geringer auch die Spanne zwischen dem obern und dem untern Goldpunkt. Die prozentuale Spanne macht also bei Dollars/Franken viel mehr aus, als bei Mark oder Livres sterlings/Franken. In der Praxis nahm man, solange Amerika noch beim Goldstandard war, für den Dollar ungefähr 5.20 als obern und 5.08 als untern Goldpunkt an, so dass also eine Währungsschwankung von rund 2% möglich war, während das Verhältnis bei der Mark 124.15 oben und 122.80 unten lag, also nur rund 1.1% Spanne. Ausserhalb dieser Grenzen wurde der Goldimport oder Export zum reinen Nutzgeschäft, die sog. Goldarbitrage trat in Funktion und stellte den Ausgleich sukzessive wieder her. Voraussetzungen für diese Goldarbitrage, für dieses freie Spiel der Währungen innerhalb streng limitierter Grenzen ist natürlich, dass bei der betreffenden Notenbank auch entsprechende Gold- und Devisenbestände vorhanden sind, die allein eine wirksame Regulierung und ein normales Funktionieren der Goldwährung ermöglichen. Je grösser nämlich diese Bestände an Gold und fremden Devisen sind, desto leistungsfähiger wird eine Notenbank normalerweise auch in der Verteidigung der ihr anvertrauten Währung sein. Wenn sie kein Gold oder keine Devisen mehr hat, so hört praktisch die Währungsregulierung auf, und es kommt zum Währungsverfall, weil die Substanz zur Deckung der Zahlungen durch Papier ersetzt wird, der Wert des Geldes also nicht mehr auf etwas Substantiellem beruht, sondern in der Luft hängt. Praktisch hört das Funktionieren der Goldwährung natürlich nicht erst auf, wenn nichts mehr da ist. Es bestehen vielmehr bestimmte minimale gesetzliche Deckungsvorschriften für die Noten, die zwischen 30% und 40% variieren. Sobald also diese unterste Grenze erreicht ist, wird die Notenbank Stellung nehmen müssen, ob sie bei der Goldwährung verbleiben und diese mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verteidigen, oder ob sie die Währungsparität verlassen will. Dazu möchte ich immerhin noch bemerken, dass auch bei weit geringerer Notendeckung theoretisch die Währungsparität aufrecht erhalten werden kann, wie uns gegenwärtig zum Beispiel Deutschland zeigt, was ihm allerdings nur durch seine restriktiven Massnahmen gegenüber dem Ausland möglich ist. Von einer frei funktionierenden Goldwährung wird jedoch in diesem Falle kaum mehr gesprochen werden können. Neben der normalen Golddeckung sind für eine gesunde Goldwährung unbedingte Voraussetzung: absolute Ordnung der öffentlichen Finanzen, ausgeglichene Budgets, ausgeglichene Zahlungsbilanz und geordnete wirtschaftliche und politische Zustände.

Die Einflüsse auf die Gestaltung der Wechselkurse sind mannigfacher Art. Eine Devise, also ein fremder Wechsel, ist eine Ware wie jede andere auch, für die sich der Preis nach Angebot und Nachfrage richtet. Diese entstehen aus den jeweiligen gegenseitigen Zahlungen, die von Land zu Land geleistet werden müssen. Unter diesen Zahlungen, d. h. unter der Gegenüberstellung der Aktiv- und Passivposten der gegenseitigen Zahlungsverpflichtungen, die in erster Linie aus dem Import und Export von Waren, dann aber auch aus dem Frachtenverkehr, Fremdenverkehr, ausländischen Kapitalanlagen etc. entstehen, verstehen wir die Zahlungsbilanz eines Landes, die also für die Gestaltung der Wechselkurse von ausschlaggebender Wirkung sein muss. Wenn wir deshalb den Schwankungen der Devisenkurse und einer eventuell der Währung drohenden Gefahr wirksam begegnen wollen, so müssen wir uns vor allem über die Ursachen der Abzüge, des Ueberangebotes im Klaren sein. Kennen wir sie, so wird es mit konsequentem Willen auch möglich sein, ihnen zu begegnen und sie sukzessive zu beseitigen, so dass die Bewegung in jenen Bahnen gehalten werden kann, die bei einer gesunden Währung notwendig und auch zulässig ist. Mit blossen Goldexporten ist einer bedrohten Währung auf die Dauer nämlich nicht geholfen, wenn nicht gleichzeitig die Ursachen der Abwanderung, das Primäre, erkannt und so rasch, als es die Verhältnisse gestatten, beseitigt werden.

Das alles genau zu überwachen und im gegebenen Momente die entsprechenden Massnahmen zu treffen, ist Aufgabe der Notenbanken, die vom Staate mit der Aufsicht über die Währung betraut sind. Es wird Sie interessieren, in diesem Zusammenhang zu hören, was für Möglichkeiten einer Notenbank zur Regulierung der Währung zur Verfügung stehen, und ich will Ihnen deshalb in aller Kürze hierüber einiges sagen. Das nächstliegende und natürlichste Mittel zum Ausgleich der Währungsdifferenzen besteht in dem An- und Verkauf von Devisen oder Gold. Die vorsichtig geleitete Notenbank überwacht die Währungsschwankungen aufs peinlichste und wird je nach der Situation Devisen oder Gold hereinnehmen oder abgeben, um die Währungsstabilität mit möglichst geringen Differenzen nach oben und nach unten aufrecht zu erhalten. Normalerweise genügt das. Sie wird es aber nicht dabei bewenden lassen, ohne nicht gleichzeitig den Ursachen nachzugehen, um gegebenenfalls wirksame und auf die Dauer auch Erfolg versprechende Abwehrmassnahmen zu treffen, indem, wie ich bereits erwähnt habe, nicht nur allein beim Sekundären, sondern nötigenfalls auch beim Primären, bei den Ursachen, angesetzt werden muss. Das klassische Mittel einer Notenbank, in dieser Hinsicht regulierend einzuwirken, erblicken wir in ihrer Diskontpolitik, d. h. in der Festsetzung des Zinsfusses für die ihr eingereichten Wechsel, was gleichbedeutend ist mit einer Bestimmung der Zinsverhältnisse im allgemeinen. Es ist ja allerdings zu sagen, dass der Diskontosatz mit dem langfristigen Geldmarkte praktisch nichts zu tun hat; aber er hat sich in der Praxis doch als ausserordentlich feines und empfindliches Barometer herausgebildet. Die Rückwirkungen von Diskontoveränderungen wirken sich normalerweise so aus, dass ein hoher Zinsfuss einmal Geld von aussen heranzieht, Abwanderungen

teilweise unterbindet und damit einer vermehrten Nachfrage ruft, was anderseits zu einer Befestigung der betreffenden Devise führen muss. Im weitern soll er der Notenbank eine geringe Beanspruchung und damit eine Entlastung und Stärkung bringen, weil hohe Diskontsätze des Noteninstitutes naturgemäss weniger zur Einreichung von Wechselmaterial animieren als niedrigere. Banken und Handel und Industrie werden also schon aus Rentabilitätsgründen darnach trachten, sich auf andere Weise billiger zu behelfen, sei es, dass sie selbst Devisen liquidieren oder sich im Ankaufe, im Import einschränken, um von der Kreditverteuerung in möglichst geringem Masse betroffen zu werden. Umgekehrt liegt der Fall beim niedrigen Zinsfuss. Einmal übt ein niedriger Zinsfuss in normalen Zeiten keinen Anreiz auf fremdes und eigenes Kapital aus. Es bleibt entweder weg, oder das eigene Kapital sucht auswärts lohnendere Anlage. Das kann sich eine Notenbank so leisten, wenn ihre Position stark ist, die Zahlungsbilanz aktiv und sie infolgedessen kein Interesse am Zustrom von neuem Gelde hat. Natürlich spielen bei der Diskontpolitik einer Notenbank auch noch andere Momente mit, so insbesondere solche wirtschaftlicher, konjunktureller und in gewissen Fällen vielleicht auch politischer Natur, wobei jedoch zu sagen ist, dass in Momenten, wo es sich um die Verteidigung der Währung handelt, alle andern Rücksichten dahinfallen und sie ihre Entscheidungen nur noch vom Standpunkte der Währung aus treffen und, sofern es sich als notwendig zeigen sollte, auch vor radikalen Kreditseinschränkungen nicht zurückschrecken darf.

Es handelt sich bei den soeben skizzierten Faktoren zur Regulierung der Wechselkurse nicht etwa nur um reine Theorien. Diese haben sich in der Praxis vielmehr ausgezeichnet bewährt und sind infolgedessen Gemeingut aller Notenbanken geworden. Diese Grundsätze bestehen auch heute noch, trotz dem Währungschaos, in das wir wieder hineingeraten sind. Nur sind die Wirkungen nicht mehr so eindrücklich und schnell wie früher. Deshalb sind auch die Schwankungen selbst der reinen und normal funktionierenden Golddevisen ungleich viel grösser als vor dem Kriege. Damals betrugen die täglichen Fluktuationen Bruchteile von Promillen, und die Spanne zwischen Geld- und Briefkursen erreichte einen minimalen Grad. In den vergangenen Jahren aber mussten wir öfters tägliche Differenzen von einem und mehr Prozenten feststellen. Genügten früher ½%ige Diskontveränderungen, um die gewünschte Wirkung zu erreichen, so sind heute prozentweise Erhöhungen vielfach beinahe wirkungslos, so dass neben einem scharfen Anziehen der Diskontschraube zur Verteidigung der Währung einschneidende Kreditrestriktionen ergriffen werden mussten. Der Grund für diese veränderte Situation ist nicht schwer zu erraten. Er ist auch durchaus verständlich und logisch. Der Volksmund sagt: In Geldsachen hört die Gemütlichkeit auf. Das haben wir alle mehr oder weniger schon an uns selber empfunden, wenn es um unser gutes Geld ging. So denken aber mit wenigen, ich möchte fast sagen, abnormalen Ausnahmen, alle Menschen und insbesonder jene, die etwas zu verlieren haben. In dieser alten und doch ewig jungen Weisheit liegt auch die Erklärung für die heute zu beobachtenden nervösen Zuckungen. Vor dem Kriege war die Währungsstabilität allerorts eine Selbstverständlichkeit. Das Kapital fühlte sich sicher und konnte auf lange Sichten disponieren. Der nachfolgende Währungszerfall und die dadurch unzähligen Kapitalisten und Sparern entstandenen riesigen Verluste haben diese Ruhe und dieses Sicherheitsgefühl gründlich zerstört, so dass schliesslich jeder noch zu retten suchte, was zu retten war, und das Kapital seither wie ein aufgescheuchter Bienenschwarm herumschwirrte, bald hierher, bald dorthin, wo es sich gerade am sichersten fühlte. Der Stabilisierungsprozess der Nachkriegsjahre schien die Beruhigung zu bringen und das Vertrauen wieder herzustellen, bis neue Währungsmanipulationen, missliche politische und wirtschaftliche Verhältnisse in vielen Ländern neuerdings Verluste und Misstrauen brachten und die Ursache für in solchen Umfängen nie erwartete, gewaltige internationale Kapitalverschiebungen wurden, die die Notenbanken vor neue Probleme und Aufgaben stellten. Gegen diesen Abwanderungsprozess waren die betreffenden Notenbanken machtlos, da musste jede Diskontmassnahme auf die Dauer wirkungslos bleiben, weil es sich nicht mehr um eine Zinsenfrage handelte, sondern nur noch darum, das Kapital selber sicherzustellen und es vor Verlusten zu schützen, wobei der Zins nur noch eine ganz nebensächliche Rolle spielte, sodass zinspolitische Massnahmen keinen Effekt mehr zeigen konnten. So mussten die einen Notenbanken zusehen, wie sich ihre Goldbestände rasch verminderten und wie sich anderseits die Keller anderer, günstiger beurteilter Institute mit dem allseits so umkämpften Golde füllten. Zu den normalen Abzügen und Kapitalwanderungen gesellte sich, wie das in solchen Fällen immer so ist, als unvermeidliche Begleiterscheinung eine nervöse Presse nud eine auf breiter internationaler Basis hochgezogene Spekulation, die den ganzen Abwanderungsprozess beschleunigte und das Währungsfundament unterminierte. Es handelte sich bei diesen Attacken gegen einzelne Währungen um in riesenhafte Summen gehende Spekulationsmanöver. Jedes derartige Spekulationsmanöver ist auf die Dauer jedoch zum Scheitern verurteilt, wenn die Voraussetzungen für einen Währungszerfall nicht gegeben sind, d. h. wenn man keine Währungsmanipulation will, wenn also die Situation der betreffenden Notenbank innerlich gesund ist, keine Disproportion der Zahlungsbilanz besteht und das Budgetgleichgewicht in Ordnung ist, so dass das Kapital im Lande selbst die Ruhe behält und der Baissespekulation die Gefolgschaft verweigert. Denn aus der Luft können die Baissiers ihre auf den Markt geworfenen Devisenbestände nicht schöpfen, und jeder Devisenreport muss auch einmal, gewöhnlich nach drei Monaten, eingedeckt werden, was automatisch einer gesteigerten Nachfrage und damit einer Kurserholung ruft. Natürlich kann das Manöver von vorne beginnen, wenn die Baissiers Möglichkeiten für die Erfüllung ihrer Wünsche wittern. Es hört aber endgültig auf, wenn sie sehen, dass ihre Bemühungen, ihre Spekulationen keinen Erfolg versprechen. Wir sehen also, dass neben all den aufgezählten Momenten, die einen Einfluss auf die Währung ausüben, noch etwas ganz besonders in den Vordergrund getreten ist, nämlich das Vertrauen. Das Vertrauen in die Notenbank, in das betreffende Land, in dessen Wirtschaft und Politik und nicht zuletzt das Vertrauen in dessen Rechtssicherheit. Die grösste Fähigkeit und der beste Wille eines Notenbankleiters nützt nichts, wenn nicht auch die übrigen Voraussetzungen für eine gesunde Währung vorhanden sind: Ordnung in der Wirtschaft, in Handel und Industrie, in den Banken, in

den Gemeinwesen und im Staate selbst. Die Erfahrung lehrt uns sozusagen ohne Ausnahme, dass nicht Unfähigkeit der Notenbankleiter zu den Währungszerrüttungen geführt hat, sondern eine krankhaft aufgezogene Wirtschaft, hemmungsloses Schuldenmachen, kurz eine von Jahr zu Jahr gestiegene Defizitwirtschaft. Glauben Sie mir, das Kapital ist ein überaus fein empfindliches Instrument und spürt solche Dinge viel, viel früher als zahlreiche sog. prominente Wirtschafter und Politiker, die oft meinen, es mache alles nichts und werde automatisch wieder ins rechte Geleise kommen, und die, es ist leider so, nicht selten die Dinge nur von der eigenen Interessenphäre aus betrachten und dabei die grossen Zusammenhänge, die in der Wirtschaft in den einzelnen Teilen unter sich bestehen, vollständig übersehen. Ich weiss, dass ich mit dieser Feststellung nicht allen Leuten eine Freude mache. Trotzdem lege ich Wert darauf, das an dieser Stelle zu sagen, auch wenn es nur vor einem kleinen Auditorium ist, weil ich der Auffassung bin, dass wir einer Sache nur dienen können, wenn wir sie so sehen, wie sie tatsächlich ist und nicht, wie wir sie gerne sehen möchten, und wie sie eben effektiv nicht ist. Mit dem heute vielfach zu beobachtenden Einlullen in Phantasiegebilde und mit der einfachen Taktik, den lieben Herrgott walten lassen, ist uns nicht geholfen. Es gibt höchstens eines Tages ein unliebsames Erwachen, und bevor die Augen richtig klar gerieben sind, ist alles schon im Fluss und jede Hilfe zu spät. (Fortsetzung folgt.)

Korporation und Konsument.

Die grosse Tat und das historische Verdienst der Konsumgenossenschaft ist, dass sie den drei grossen, allgemein anerkannten Faktoren der Wirtschaft, Natur, Kapital und Arbeit, als vierten, bis dahin mehr oder weniger vollständig übersehenen Faktor den Verbrauch zufügte, und, wenn es ihr auch nicht zur Genüge gelang, zum mindesten versuchte, diesen wichtigen Faktor in das richtige Licht zu rücken. Es ist verständlich, dass dieser Faktor in der Zeit, da die klassische Nationalökonomie ihre Theorien formte, übersehen werden konnte, war es doch damals noch mehr oder weniger selbstverständlich, dass das, was die Wirtschaft hervorbrachte, auch aufgenommen wurde. Die verhältnismässig schwachen Wirtschaftskrisen wurden, wenn überhaupt, mit einer Störung des Gleichgewichtes zwischen Nachfrage und Angebot in Zusammenhang gebracht, nur als leichte Verdauungsstörungen empfunden. Erst das zwanzigste Jahrhundert schuf die Massenproduktion, die die Bedeutung der Aufnahmefähigkeit der grossen Massen richtig erkennen liess. Erst damit konnte auch eine Theorie, die die Wirtschaftskrisen auf eine Schwächung oder ein Zurückbleiben hinter dem Aufsteigen der Produktion der Kaufkraft zurückführte, grössere Anerkennung finden.

Das neunzehnte Jahrhundert, das wir in dieser Hinsicht als bis zum Krieg und darüber hinaus verlängert zu betrachten haben, war in wirtschaftlicher Hinsicht hauptsächlich bestimmt durch den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Naturgemäss gingen deshalb die Bestrebungen erst darauf hinaus, Massnahmen zu treffen, die geeignet waren, diesen Gegensatz aufzuheben oder ihm doch die Schärfe und das die Wirtschaft im allgemeinen Schädigende zu nehmen. Erst die zunehmende Feststellung, dass die Wirtschaft nicht, wie es der wirtschaftliche Liberalismus behauptet hatte, insoferne man sie nur sich selbst überlasse, sich auch selbst reguliere, bezw. dass diese Selbstregulierung mit so viel Schäden zur Folge habe, so gewaltsam vor sich gehe, dass sie eher dem Fieberkrampf eines schwer kranken Patienten, als der natürlichen Ausscheidung eines gesunden Menschen zu vergleichen sei, erst die schwere Absatzkrise der letzten Jahre führte allgemein zur Erkenntnis, dass es nicht genüge, das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu regeln, dass es vielmehr ebenso wichtig sei, auch den wilden Konkurrenzkampf zwischen den Angehörigen derselben Berufsstände durch eine Verständigung zwischen den miteinander in Wettbewerb stehenden Wirtschaftsunternehmungen zu beseitigen. Seitdem die Krise, in der wir heute stehen, richtig als solche erfasst wird, strebt die ganze Welt, wenn auch mit verschiedenen Mitteln, immer deutlicher einem Zustand entgegen, in dem der Einzelne nicht mehr nach eigenem Gutdünken drauflos wirtschaften kann, sondern sich nach den von einer grösseren oder kleineren Allgemeinheit aufgestellten Normen zu richten hat.

Zwei Lösungsversuche stehen heute im Vordergrund, der Staatssozialismus und die berufsständige Ordnung. Der Exponent des ersten Versuches ist Sowjetrussland, der Hauptexponent des zweiten Italien. Auch in Italien stand ursprünglich der Gegensatz Arbeitgeber-Arbeitnehmer im Vordergrund der Erwägungen und Massnahmen, die Praxis zeigte aber bald, dass die Aufhebung dieses Gegensatzes nicht genüge, sondern dass eine Ordnung der Tätigkeit der einzelnen Berufsstände eben so wichtig sei. Der «Carta di Lavoro», d. h. dem Arbeitsgesetz, folgte die «Legge che istituisce le Corporazioni», das Korporationengesetz.

Für uns Konsumgenossenschafter ist, wie aus dem eben Gesagten hervorgeht, vor allem wichtig die Frage, wie wird im Korporationensystem das Verhältnis zwischen Produzent und Konsument, zwischen Erzeuger und Verbraucher sein. Der Präsident des Nationalverbandes der fascistischen Genossenschaften, Fabbrici, stellte anlässlich der Vorberatung des Gesetzes im Korporationenetat die Forderung, dass in allen Korporationen Vertreter der Konsumentengenossenschaften sitzen sollten. Das Gesetz selbst trägt dieser Forderung keine Rechnung, kann es wohl auch nicht, da es nur die fundamentalsten Grundsätze und keinerlei Ausführungsbestimmungen enthält. Einen wirklichen Aufschluss über die für uns so dringende Frage, wie im Korporationenstaat das Konsumenteninteresse, das doch heute nicht mehr als irrelevant bezeichnet werden kann, auch nicht im volkswirtschaftlichen Sinne, gewahrt wird, werden wir also erst aus der praktischen Durchführung der Korporationenordnung erhalten können.

Aber immerhin gibt es in Italien, wie bei uns, Menschen, für die diese Frage nicht so bedeutungslos ist, wie sie vielleicht dem grossen Teil der Personen, die im Mittelpunkt des wirtschaftspolitischen Geschehens Italiens stehen, heute noch erscheinen mag. Das zeigt schon die Forderung Fabbricis im Korporationenrat. Das zeigten aber auch die vielen Artikel in den genossenschaftlichen Zeitungen und Zeitschriften Italiens, die sich mit dem Problem befassen. Die meisten Artikel rücken der Frage aller-

dings sehr behutsam zu Leibe und begnügen sich, anstatt tiefer zu graben, mit sehr schönen Worten ziemlich Nichtsbesagendes auszudrücken. In der Januarnummer der nunmehr im zweiten Jahrgang erscheinenden Genossenschaftszeitschrift «Vita Cooperativa» (Genossenschaftliches Leben) finden wir nun immerhin aus der Feder des bedeutenden Genossenschaftstheoretikers Rosario Labadessa, wenn auch nicht Mitteilungen über die praktische Durchführung des Korporationengesetzes — solche sind heute wohl noch gar nicht möglich —, so doch Gedankengänge, die uns zeigen, dass es auch in Italien Menschen gibt, die klar erfassen, wie sehr es nötig ist, dafür zu sorgen, dass nicht im Korporationenstaat der Konsument die Stellung einnimmt, wie sie in dem Wirtschaftssystem, dessen Auswüchse ja die korporative Ordnung gerade beseitigen will, dem wirtschaftlichen Liberalismus, anfänglich der Arbeiter einnahm, nämlich die eines reinen Ausbeutungsobjektes.

Labadessa hat in seinen Ausführungen allerdings in erster Linie Produzenten in ihrer Eigenschaft als Bezüger von Rohstoffen und Halbfabrikaten vor Augen, doch finden sie ohne weiteres auch Anwendung auf die Konsumenten im engeren, meist gebrauchten Sinne des Wortes. Er weist zunächst auf die Bedeutung hin, die der Verbrauch als Wirtschaftsfaktor erlangt habe. Nicht nur die End-, sondern auch die Zwischenverbraucher haben sich vielfach genötigt gesehen, zur Beseitigung von Auswüchsen den Bezug und vielfach auch die Erzeugung der für ihren Betrieb erforderlichen Rohstoffe und Halbfabrikate selbst an die Hand zu nehmen. Wie nun, wenn sich in der berufsständischen Verfassung ein ähnliches Bedürfnis geltend machen wollte?

Zweifellos hat die berufsständische Ordnung dafür zu sorgen, dass den drei allgemein anerkannten Faktoren der Wirtschaft, dem Grund und Boden, dem Kapital und der Arbeit der gerechte Ertrag zukommt, wer sorgt aber dafür, dass es tatsächlich beim gerechten Ertrag bleibt, dass nicht die an der Produktion Beteiligten sich selbst zwar gemeinsam zu einem Anteil am Produktionsergebnis verhelfen, mit dem jeder einzelne von ihnen zufrieden ist, der aber einer Ausbeutung des Verbrauchers gleichkommt? Wer sorgt dafür, dass die Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht auf Kosten des Dritten, des Verbrauchers erfolgt?

Die korporative Ordnung will den Schutz aller am Wirtschaftsprozess Beteiligten. Kann aber dieser Schutz so weit gehen, dass selbst offensichtliche Parasiten im volkswirtschaftlichen Sinne nur um ihrer Selbsterhaltung willen geschützt werden, haben nicht auch in einem Falle offensichtlicher Ausbeutung die Konsumenten das Recht, die Wahrung ihrer Teilinteressen innerhalb der Korporation selbst an die Hand zu nehmen, durch Gründung einer alle Vertreter der Konsumentenseite des Berufsstandes umfassenden Einkaufs- oder Produktionsorganisation?

Labadessa löst die Frage selbst nicht, er fordert aber, dass, wie es für das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bereits der Fall ist, auch für das Verhältnis zwischen Erzeugern und Verbrauchern im weitesten Sinne allgemein-verbindliche Richtlinien geschaffen werden, die in grossen Zügen alle Fragen lösen, die sich aus diesem Verhältnis ergeben. Ob die Forderung Labadessas Gehör finden wird oder nicht, vermögen wir nicht zu sagen. Dagegen ist uns soviel klar, dass, gerade wenn einmal der korporative Staat geschaffen ist, das Verhältnis zwischen Produzenten (Warenvermittler inbegriffen) und Konsumenten eine derartige Bedeutung erlangen wird, dass man um eine allgemeingültige Lösung des Fragenkomplexes gar nicht herumkommen wird. h.

40 Jahre seit dem Tode von Ernst Busch

1849 — 1893.

Von Professor Dr. V. Totomianz.

(Schluss.)

E. Busch verhält sich ablehnend gegen die von der Sozialdemokratie vorgeschlagenen Massnahmen zur Hebung des Arbeiterstandes und zur Lösung der sozialen Frage. Ihre Forderungen der Lohnerhöhung haben zur Folge, dass der Preis aller Verbrauchswerte steigt. Auch die Organisation von Produktivgenossenschaften und die internationale Regelung der Produktion müssen erfolglos bleiben, da sie nicht im Stande sind, den Handelsprofit zu beseitigen. Ueberdies müssen die Produktivgenossenschaften schon aus Mangel an einem organisierten Markte zugrundegehen. Selbst die Expropriation des Bodens und seine Verteilung an die Bedürftigen dürfte nicht zum Ziele führen, solange für den Weltmarkt produziert wird und die Konsumartikel durch den Handelsgewinn belastet sind. Im Verlauf der Polemik mit der Sozialdemokratie behauptet Busch im Kapitel «Der Wert an Grund und Boden und die Notlage der deutschen Landwirtschaft» folgendes: Der hohe Preis der landwirtschaftlichen Produkte wird nicht durch die Bodenpreissteigerung bedingt, sondern durch den Handelsprofit als Folge der individuellen Vermittlung. Der Wert von Grund und Boden steigt und fällt ganz allein mit der Handelsprämie oder dem Gewinn. Der Bodenpreis bleibt imaginär und richtet sich nach der Aussicht, einen Handelsprofit zu erlangen. Gegenwärtig kann man z. B. in Afrika für einen fast wertlosen Tand gewaltige Strecken fruchtbaren Landes erwerben; in Argentinien schlägt die Regierung für geringes Geld Ackerland im Umfange eines deutschen Rittergutes los. Im Gegensatz dazu sind die kleinsten Bodenflächen in der Umgegend von Berlin unerschwinglich. Massgebend ist, ob das in Frage kommende Landstück grossen oder kleinen Profit erwarten lässt. Wo eine Eisenbahn durchgeführt wird, schnellen die Bodenpreise in die Höhe: der Schienenweg bietet dem Absatz neue Möglichkeiten und erhöht somit die Aussicht auf Handelsprofit. Wird durch Unifizierung des Handels (mit Einschluss von Landwirtschaft und Industrie) — so sagt Busch auf Seite 140 bis 141 — der Handelsprofit abgeschnitten, so fällt damit auch der Preis von Grund und Boden, und zwar auf den Betrag, den die Nutzbarmachung des Grundstückes, gleichviel ob bebaut oder nicht, an Arbeitslohn erfordert hat. In diesem Falle werden aber nur vermeintliche Werte vernichtet, nicht etwa reale, durch die Arbeit erzeugte; denn auch der fruchtbarste Boden ist wertlos, sobald die Aussicht auf Handelsprofit schwindet.

Die Notlage der Landwirtschaft steht in engem, ursächlichem Zusammenhange mit der Wertsteigerung des Bodens. So unermesslich wichtig für jeden Kulturstaat die Lebensfähigkeit seiner Landwirtschaft ist, — es kommt dabei nicht etwa auf ihre hohe Rentabilität an, sondern darauf, dass derjenige seine auskömmliche Existenz findet, der den Boden

bearbeitet —, so wenig rentabel ist verhältnismässig die Landwirtschaft, weil sie die sicherste von allen Berufsarten ist; der individuelle Güteraustausch kann daran nichts ändern. Es muss freilich zugegeben werden: der Ertrag des landwirtschaftlichen Betriebes ist gering im Vergleich zu dem Verdienste des Vermittlers ohne Produktionsmittel und übersteigt nur den Verdienst des Produzenten, des Arbeiters.

Sobald die Produzenten einen Güteraustausch unter sich organisieren und ihre Lebensmittel — oder auch nur einen Teil davon — auf fremdem, billigem Boden erzeugen, sinkt der Wert des heimischen Bodens ohne weiteres Zutun.

Das vorletzte Kapitel seines Buches widmet Busch der Lösung der sozialen Frage. Er geht von dem Satze aus, dass die Kundschaft die Grundlage des gesamten Erwerbslebens ist: der Abnehmer der erzeugten Verbrauchswerte — der Produzent als Konsument — ist der einzige wirkliche Arbeitgeber. Der Arbeiter gibt in seiner Eigenschaft als Käufer dem Ladeninhaber Arbeit. Nur wo Verbrauchswerte eingekauft und verkauft werden, da wird Arbeit und zugleich auch die Möglichkeit geboten, neue Verbrauchswerte zu erzeugen. Der Ladeninhaber als Kunde des Grosshändlers überträgt an diesen die Arbeit des Konsumenten; der Grosshändler bezieht seinen Bedarf vom Fabrikanten, und dieser ist seinerseits Kunde des Produzenten. Im Verlauf dieses Austauschprozesses bildet sich der Gewinn, welcher Mehrwert, Unternehmergewinn oder Handelsprofit genannt wird, je nachdem, wem er zufällt.

Die Lösung der sozialen Frage sieht Busch in der Organisation der Kauf- und Konsumkraft: überall müssen Konsumvereine entstehen, die einer gemeinsamen Leitung unterstehen; jeder muss ohne Schwierigkeiten Mitglied werden können; dabei darf der Anteilschein nur das Recht auf eine angemessene Verzinsung verleihen. Im Zusammenhang damit müssen genossenschaftliche Bäckereien, Metzgereien, Wirtschaften u. a. m. errichtet werden. Als Beispiel führt E. Busch den Konsumverein an, der auf den Kruppwerken besteht; er ist bereits zur Produktion übergegangen, indem er eine Bäckerei, eine Metzgerei, eine Schneiderei u. a. m. eröffnet hat.

«Die rasche Verwandlung aller bestehenden Privat- und Aktienunternehmen in genossenschaftliche Betriebe ... wird bei entschlossenem Vorgehen trotz der augenblicklich noch äusserst knappen Mittel nicht die geringste Schwierigkeit finden.» Etwas schwieriger wäre die Unifizierung der Landwirtschaft; aber auch hier bewirkt die Einigkeit der Konsumenten eine Unterwerfung der zersplitterten Landwirte. Sobald letztere die Preise in die Höhe treiben, bestellen erstere im Auslande.

«Die uneinigen und zersplitterten Landwirte werden nicht aufhören, einander gegenseitig die Preise ihrer Produkte zu unterbieten, bis ihr Besitz keine Rente mehr bringt und damit ganz oder fast ganz wertlos geworden ist.» Auf diese Weise fällt die Notwendigkeit einer sozialdemokratischen Expropriation weg: die organisierte Arbeitergenossenschaft hat die Möglichkeit, den Kulturboden zu entwerten und dann zu erwerben. «Der Arbeiterstand wird ... an den Staat das Verlangen stellen, die Unifizierung der Vermittlung zwischen Produktion und Konsum durchzuführen, und diesem Verlangen muss der Staat willfahren, wenn nicht ein neuer, allmächtiger Staat im Staat aufkommen soll»: er muss neben jeder Postanstalt einen fiskalischen Konsumverein errichten.

Das sind im wesentlichen die Ansichten Buschs und seine Vorschläge, nicht mehr und nicht weniger als die soziale Frage zu lösen. Seine Schrift hatte keinen besonderen Erfolg in den Kreisen der Wissenschaft, und die sozialdemokratische Presse behandelte sie mit Verachtung. Ersteres ist dadurch bedingt, dass dem Autodidakten Busch als ehemaligem Arbeiter die Fähigkeit zur planmässigen Darstellung mangelt und er ein und denselben Gedanken ständig wiederholt. Letzteres erklärt sich durch sein polemisches Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie.

Die zeitgenössische Sozialdemokratie stand unter dem Einfluss sowohl von Marx, als auch von Lassalle. Die Organisation von Produktivgenossenschaften als Grundlage der zukünftigen Wirtschaftsordnung stammt von Lassalle; deshalb ist auch Buschs Polemik gegen letzteren gerichtet. Wie bekannt, ist dieser in seinem Einfluss auf die deutsche Sozialdemokratie in der Folge durch Marx verdrängt worden. Zudem haben die Produktivgenossenschaften den Erwartungen nicht entsprochen, weshalb sich die Sozialdemokratie von ihnen abwandte. Später wurde die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft die Hauptträgerin der Konsumentenorganisation.

E. Busch spricht auch über die Unzulänglichkeit der Gewerkschaften, die Lage der Arbeiter dauernd zu heben. Es darf nicht vergessen werden, dass Busch überall nicht nur den industriellen Arbeiter, sondern den Arbeitleistenden im weitesten Sinne im Auge hat.

Er propagiert den Gedanken, dass die Produzenten ihren Konsum organisieren müssen, schliesst aber dabei in ihren Kreis nur an einer einzigen Stelle ihrer Schrift, ausser den Arbeitern, auch andere Stände ein. Obgleich er ihren Konsum hoch einschätzt, rechnet er doch nicht auf ihren Anschluss.

Es ist teilweise richtig, dass sich der Gewinn im Verlaufe des Tauschprozesses bildet; im allgemeinen ist aber das von Busch gebotene Schema einer Lösung der sozialen Frage zu einfach. Der organisierte Konsum ist nicht imstande, die Agrarfrage in vollem Umfange zu lösen. Die Meinung Buschs, dass die Konsumvereine den gesamten Kulturboden aufkaufen könnten, ist übertrieben.

Ernst Busch hatte einen grossen Einfluss auf eine kleine Elite junger Gelehrter und praktischer Genossenschafter, wie Dr. A. Mülberger, Dr. Hans Müller, Dr. K. Munding und Prof. Dr. J. F. Schär, ausgeübt. Die beiden Erstgenannten kamen von der deutschen Sozialdemokratie her, von der sie enttäuscht waren. Trotz der anfänglichen Feindschaft der Sozialdemokratie gegen die Konsumvereine und ihre Theoretiker wurden die Konsumvereine von ihren Gegnern als sozialdemokratische und marxistische Institutionen verschrieen. Die Genossenschaftspresse wehrte sich dagegen mit Erfolg.

Es ist gut in unseren Tagen, den Gegnern und Freunden der Konsumvereine die sympathische, kluge und ganz vergessene Figur von Ernst Busch im Lichte seiner eigenen Schriften zu zeigen.

Volkswirtschaft

Eine verlorene Finanzschlacht.

(Mitgeteilt.)

Der König hat eine Bataille verloren. Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. So tönt es jetzt durch alle massgebenden Zeitungen der Schweiz. Zum ersten

Male hat eine von der Eidgenossenschaft garantierte Anleihe einen Misserfolg erlitten. Die neue Anleihe der Bundesbahnen von hundert Millionen Franken wurde nur zu etwa drei Vierteln gezeichnet. Diese erste verlorene Finanzschlacht der Eidgenossenschaft gibt umsomehr zu reden und zu schreiben, als niemand mit Sicherheit sagen kann, warum sie verloren gegangen ist. Denn die Leute, die da hätten zeichnen können und nicht gezeichnet haben, brauchen keine Auskunft darüber zu geben, warum sie der Eidgenossenschaft nicht borgen wollten; und wenn man sie dazu zwingen oder auch nur anfragen wollte, dann würde man erst recht nicht die Wahrheit erfahren. Umso besser kann sich jetzt jeder Zeitungsschreiber die Gründe nach seinem Belieben zurechtlegen, kann dem Staviskyskandal in Frankreich oder dem Bürgerkrieg in Oesterreich die Schuld geben, kann die mangelnde Kapitalbildung im Lande oder die Finanzwirtschaft der Bundesbahnen verantwortlich machen, aber all dies sind nur Vermutungen, wenn sie auch im Tone unbedingter Gewissheit vorgebracht werden.

Allerdings hat eine Vermutung die grösste Wahrscheinlichkeit für sich, dass nämlich die Finanzlage der Bundesbahnen viele Zeichner abgeschreckt hat. Die Bundesbahnen hatten im vergangenen Jahre ein Defizit von 56,8 Millionen, während sie schon 1932 ein Defizit von 53 Millionen gemacht hatten. Der Ertrag der Anleihe hätte also noch nicht einmal dazu hingereicht, um die Defizite der letzten beiden Jahre zu decken. Im Prospekt hiess es nun ausdrücklich, dass der Ertrag des Anleihens für die laufenden Bedürfnisse, das heisst zur Deckung des Defizits Verwendung finden solle. Das ist eine gefährliche Praxis. Jede Deckung eines Defizits aus neuen Schulden vergrössert das Defizit, denn in Zukunft sind dann nicht nur die bisherigen Ausgaben, sondern auch die Zinsen für die neuen Schulden aus dem Betriebe heraus zu wirtschaften.

Zu einem solchen Vorgehen darf man sich nur dann entschliessen, wenn in der Führung des Geschäfts so weit Remedur geschaffen ist, dass alle Verlustquellen für die Zukunft verstopft sind. Das scheint nun bei den Bundesbahnen noch nicht der Fall zu sein, obwohl seit dem 1. Januar schon eine merkliche Verbesserung zu konstatieren ist. Aber diese Besserung wird auch, wenn sie anhält, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben noch nicht wieder herstellen, und es ist ungewiss, ob wir auf eine so gründliche Wiederherstellung der guten Konjunktur rechnen dürfen, dass sie das Defizit ohne jedes Zutun zum Verschwinden bringt. Das wird sogar wahrscheinlich nicht der Fall sein, denn die öffentliche Meinung fordert immer ungestümer die Anpassung der Eisenbahntaxen an das verbilligte Preisniveau im Lande, und die Bundesbahnen werden auf die Dauer diesem Verlangen nicht widerstehen können. In dieser Lage darf die Praxis nicht einreissen, die Zinsen der alten Schulden aus neuen Schulden zu bezahlen, und es ist daher verständlich, wenn manche Zeichner sich trotz der Bundesgarantie nicht zur Zeichnung der Bundesbahnanleihe entschliessen konnten.

Freilich setzen sich die Beweggründe jedes menschlichen Handelns und Unterlassens meistens aus verschiedenen Stücken zusammen, und es ist wahrscheinlich, dass auch Herr Roosevelt zu den Mitschuldigen an unserer verlorenen Finanzschlacht gehört. Seit dem plötzlichen Fallenlassen des Dollars ist den Kapitalisten aller Länder ein Schreck in die Glieder gefahren. Auf welche Währung kann man sich noch verlassen, wenn das reichste und mächtigste Land der Welt die Goldwährung fahren lässt? Holland und die Schweiz sind heute die einzigen Länder, die ihre Währungen durch alle Krisen des Krieges und der Nachkriegszeit intakt erhalten haben. Aber werden diese beiden Kleinstaaten stark genug sein, um die Fahne der währungspolitischen Ehrlichkeit dauernd hoch zu halten?

Die ausländischen Börsen scheinen heute schon meistens überzeugt zu sein, dass Holland und die Schweiz auf dem Wege der Währungsabwertung folgen müssen, doch solche Zweifler gibt es auch in der Schweiz. Wie die Nationalbank in ihrem Bericht für 1933 konstatiert, «war es nicht nur das Ausland, das dem Schweizerfranken nicht mehr volles Vertrauen schenkte», sondern auch im Inland zeigt sich ein steigendes Misstrauen, indem das Gold den Noten vorgezogen wird. «Die private Goldthesaurierung, fährt die Nationalbank fort, dürfte in unserem Lande eine ganz ausserordentliche Summe ausmachen. Die Mehreinfuhr von Gold für Rechnung Privater beläuft sich allein in den letzten drei Jahren auf mehr als 700 Millionen Franken.» Daneben liegen über 200 Millionen Franken ausgeprägter eidgenössischer Goldmünzen in privaten Kassen. Es war also kein Kapitalmangel, der das Anleihen der Bundesbahnen scheitern liess, sondern die Furcht mancher Kapitalbesitzer vor einer Entwertung der Währung.

Bei dieser Erkenntnis werden manche Leute nach Zwangsmassnahmen gegen die Goldbesitzer rufen. Solche Zwangs- und Strafmittel sind schwer durchzuführen, da es natürlich nicht bekannt ist, wer zu den Goldhamstern gehört und wieviel jeder einzelne gehamstert hat. Wenn das Vertrauen nicht getauscht wird, dann wird es zurückkehren, und die Goldhamster werden dann schon im eigenen Interesse, um Zinsverluste zu vermeiden, ihren Goldbesitz wieder in zinstragende Papiere verwandeln. Wenn wir aber den Franken abwerten, dann bekommen die Goldhamster gerade recht und können sich für ihre weise Voraussicht ins Fäustchen lachen. Dann wird aber die schweizerische Schuldnerschaft vom Regen in die Traufe kommen.

Kurze Wirtschafts-Nachrichten

Zur neuesten Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft. Ende Januar waren 99,147 Stellensuchende eingeschrieben (1933: 101,111). — Von 67,867 Stellensuchenden im Jahresdurchschnitt 1933 erklärten sich 8325 oder 12% als versetzbar gegenüber 10% im Vorjahr. — Die Hotels waren Mitte Januar zu 28,6% (31,6%) und Ende Januar zu 34,7% (34,7%) besetzt. — Die Kleinhandelsumsätze lagen Ende Januar wertmässig 1,2% unter Vorjahreshöhe. —

Ein lehrreicher Versuch zur Milderung der Arbeitslosigkeit. Einen lehrreichen Versuch unternehmen jetzt die Siemenswerke in Berlin in den Siedlungen Spekte und Staaken. Hier erhalten Siemensarbeiter, die freiwillig auf drei Arbeitstage in der Woche und auf den Lohn dafür verzichten, rund 1000 Quadratmeter Land mit acht Obstbäumen. Das Reich leiht 2500 Mark, welche die ersten vier Jahre zinslos bleiben, dann mit 4 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen sind. Dazu gibt die Firma Siemens ein Geschenk von 500 Mark, ebenso für die Tage, an denen die Siedler ihre Häuser selbst

mit Hilfe weniger Facharbeiter errichten, kostenlos ein warmes Mittagessen.

Die starke Stellung der Schweiz. Die Schweiz nimmt im deutschen Aussenhandel immer noch den zweiten Platz ein. 1933 lieferte sie 40 Prozent des gesamten deutschen Ausfuhrüberschusses, was für die Fragen des Schuldendienstes besondere Beachtung verdient. — Gegenüber Frankreich stand die Schweiz auch im letzten Jahr an der Spitze der wenigen Länder, im Verkehr mit denen Frankreich einen Aktivsaldo erzielt. Er betrug 698 Millionen gegen 902 Millionen französische Franken im Vorjahre. Ausfuhr nach Frankreich 632 Millionen (um 25 Millionen erhöht); Import aus Frankreich 1330 Millionen (Senkung um 181 Millionen).

Die Milch als Volksnahrung. Auf Antrag der Propagandazentrale hat der Zentralverband schweizerischer Milchproduzenten eine Abhandlung von Prof. Guggisberg, in der dieser die grosse Bedeutung von Milch, Butter und Käse in unserer Volksernährung vom gesundheitlichen Standpunkt populär behandelt, in einer gefälligen Broschüre mit einem sehr sympathischen Titelblatt als Aufklärungsschrift herausgegeben. Allen Milchverbänden, Molkereien, Käsereien und Milchhändlern wird die Anschaffung dieser Broschüre zur Verteilung an die Konsumentenschaft empfohlen.

Organisation von Pauschalreisen für die nächste Reisesaison. Aus der Notwendigkeit und dem Bestreben heraus, mit Rücksicht auf die schwere Wirtschaftskrise auf die kommende Reisezeit alle vorhandenen Kräfte und Mittel auszunützen, um eine Belebung des Reiseverkehrs und eine Besuchssteigerung in der Hotellerie herbeizuführen, hat sich der Zentralvorstand des S. H. V. (Schweizerischer Hotelier-Verein) unter Zustimmung der grossen Mehrheit der Sektionen kürzlich mit der Generaldirektion der S. B. B. und der Schweizerischen Verkehrszentrale dahin verständigt, in Verbindung mit den ausserordentlichen Fahrpreisermässigungen der Transportanstalten eine grosszügige Propaganda für billige Schweizerreisen mit Pauschalpreisen durchzuführen und die Organisation dieser Pauschalreisen auf das nächste Frühjahr hin unverzüglich an Hand zu nehmen.

Neue Industrie in Biel. Die Viromed A. G., die chemische Produkte herstellt, wird in allernächster Zeit ihre Tätigkeit aufnehmen. Man rechnet damit, dass das Unternehmen bis in einem Jahr etwa 100 Arbeiter beschäftigen wird.

Gegen Auswüchse im Schuhmachergewerbe. Entgegen dem in No. 6 des «Schweiz. Konsum-Verein» erwähnten Wortlaut einer beim Zürcher Kantonsratspräsidenten eingereichten Motion teilt uns die Bata-Schuhaktiengesellschaft mit, dass es nicht den Tatsachen entspreche, dass Bata das hausiermässige Einsammeln reparaturbedürftiger Schuhe betreibe. Der betr. Teil der Motion hat vom Verfasser nun folgende abgeänderte Form erhalten:

«Der Regierungsrat wird eingeladen, mit grösstmöglicher Beschleunigung Massnahmen zur Sanierung der unhaltbaren Verhältnisse im Schuhmachergewerbe zu ergreifen, um so zu verhindern, dass das ohnehin von der Krise schwer betroffene Kleinhandwerk der skrupellosen Preisunterbietung durch Bata und andere Gross-Sohlereien vollends erliegt, anderseits aber als Folge dieser ruinösen grosskapitalistischen Konkurrenzmanöver das hausierende Einsammeln reparaturbedürftiger Schuhe immer mehr überhand nimmt.»

Deutschlands Aussenhandel. 1933 betrug der Aussenhandel Deutschlands 9 Milliarden Reichsmark gegenüber 10 Milliarden 1932 und 27 Milliarden im Jahre 1929.

Aus der Praxis

Die Lichtreklame am Lebensmittelgeschäft.

Lichtfülle im Verkaufsladen und Lichtfülle im Schaufenster — auch das Lebensmittelgeschäft kann nicht achtlos an dem Problem vorübergehen. Es ist ein Koeffizient der guten Reklame, und sicherlich nicht der unwichtigste, die Innenbeleuchtung ganz allgemein, die Schaufensterbeleuchtung namentlich in der städtischen Grossauslage, die nicht nur um der Stammkunden willen da ist, sondern auch attraktiv wirken will. Erfüllt sie diesen Zweck, dann bleibt nur die propagandistische Wirkung mit dem Hinweis auf den Geschäftsmann zu unterstreichen. Den Weg dazu weist die Leuchtschrift. Sie bucht seit einigen Jahren einen gewaltigen Aufschwung, der um so beachtenswerter ist, als hier ein Gebiet beschritten wurde, das keine eigentlichen Richtlinien aufstellen lässt, vielmehr nur Anwendungsbeispiele anzudeuten vermag, an welchen der einzelne sich orientieren kann. Es ist zweifellos nicht zuletzt das Verdienst der in verschiedenen Schweizer Städten durchgeführten Lichtwochen, hier auf die Gesamtheit erzieherisch gewirkt und den propagandistisch Interessierten die Erkenntnis vertieft zu haben, dass auch der Wert einer Lichtreklame nicht in erster Linie vom Aufwand abhängt, sondern von ihrer Werbekraft. Mag diese nun auch der subjektiven Beurteilung stark unterworfen sein, so lassen sich doch mit eingehenden psychologischen Beobachtungen für diese und jene Umgebung, ja sogar für diesen oder jenen bestimmten Kundenkreis gewisse Anhaltspunkte zugunsten der einen oder andern Reklameschrift herausfinden. Was heute zur Wahl steht, lässt sich in zwei grosse Gruppen einteilen: 1. in direkt leuchtende Schriften, worunter vornehmlich die mehr und mehr bevorzugten Neonleuchtbuchstaben, dann aber auch die plastischen Opalglasschriften sowie die Blockbuchstaben mit flachem Opalglas fallen, und 2. in kontrastisch leuchtende, zu denen die Transparente mit hellem Grund und dunkler Schrift oder umgekehrt sowie die Silhouettenbuchstaben zählen. Diese Silhouettenschrift, deren Metallbuchstaben etwa 15 Zentimeter von der Wand abstehen und an ihrer Unterseite mit Glühbirnen besetzt sind, übt auf den Beschauer einen diskreten Lichteffekt aus, ohne den propagandistischen Eindruck im geringsten zu verfehlen. In mattglänzendem Antikorodal ausgeführt, nimmt sie sich überdies auch als Tageslichtreklame sehr wirkungsvoll aus und birgt den Vorteil, die geringsten Anlagekosten der hier erwähnten Ausführungen zu beanspruchen. Die Aufschrift LVZ mit 40 cm Buchstabenhöhe käme einschliesslich aller Installationskosten schätzungsweis auf Fr. 200.— zu stehen, wobei der Berechnung 12 Lampen à 15 Watt zugrundegelegt sind. Als Blockschrift mit flachem Opalglas, wobei die Buchstaben aus Blechkanälen mit Glühbirnen bestehen, und als Transparent mit hellem Grund und dunkler Schrift oder umgekehrt liegen die Anschaffungskosten ziemlich einheitlich

um 15—20 Prozent höher. 30 Prozent teurer stellt sich die gewölbte Opalglasschrift, deren Buchstaben auf einen Blechkasten aufgesetzt und von diesem aus durchleuchtet werden, und ungefähr doppelt so teuer die einreihige Blockschrift mit Neonleuchtröhren.

Ebenso wissenswert sind die Betriebskosten. Nach Massgabe des blossen Stromverbrauchs ergibt sich mit grosser Verschiebung von der obenstehenden Reihenfolge der billigste Betrieb für die Blockschrift mit einreihigen Neonleuchtbuchstaben — für das Wortbild LVZ ungefähr Fr. 80.— pro Jahr bei 1500 Betriebsstunden—; um diese Zahl herum bewegen sich auch die Stromkosten für das Transparent mit hellem Grund und dunkler Schrift, das für den gleichen Leuchteffekt mit 9 Lampen à 15 Watt auskommt, und für die Silhouettenschrift mit 12 Lampen à 15 Watt, wogegen das Transparent mit dunklem Grund und heller Schrift fast dreimal soviel Stromkosten — 9 Lampen à 60 Watt — beansprucht und mit jährlich mehr als Fr. 200.— noch leicht über der entsprechenden Ziffer für die Blockschrift mit flachem Opalglas liegt (45 Lampen à 15 Watt). Es muss allerdings beigefügt werden, dass der Kostenunterschied zwischen beiden Transparentschriftarten bedeutend geringer wird, wenn die Forderung nicht aufgestellt wird, dass beim Transparent mit heller Schrift der dunkle Hintergrund ebenfalls leuchte. In der Regel ist das aber erwünscht.

Vom Standpunkt der Bruttobetriebskosten nun, der nicht allein auf den Stromverbrauch abstellen darf, sondern auch die sich stets wiederholenden Ausgaben, u. a. den Ersatz der Lampen in Rechnung stellen muss — bei Neonleuchtschriften den Ersatz der Elektroden und der Gasfüllung —, ergibt sich wiederum eine Verschiebung der Reihenfolge. Die geringsten Unterhaltskosten beansprucht das Transparent mit hellem Grund und dunkler Schrift; in regelmässigem Anstieg berührt die Kurve dann die Silhouettenschrift, die Neonleuchtreklame, die plastischen Opalglasbuchstaben, das Transparent mit dunklem Grund und heller Schrift (entsprechend dem viel stärkeren Lichtverbrauch erst an zweitletzter Stelle) und letzten Endes die Blockschrift mit flachem Opalglas.

Aus den drei materiellen Vergleichen lässt sich ein entscheidender Vorrang für keine der herangezogenen Reklamearten herauslesen, wenn auch einige dieser Leuchtschriftarten sowohl bezüglich der Anschaffungs- wie der Unterhaltskosten vor andern stehen. Der Vorsprung ist aber nicht so gross, dass er nicht unter Umständen durch Ueberlegungen mehr psychologischer Natur wettgemacht werden könnte. Die Kostenberechnung ist von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet also nur mitbestimmend bei der Wahl der Leuchtreklame, niemals aber ausschlaggebend. Für die buchhaltungstechnische Seite des Problems ist sie aber äusserst wissenswert. E. G.

Genossenschafts-Chronik

Oesterreich. In dem an die Schweiz angrenzenden Land Vorarlberg besteht ein Verband von Konsumvereinen, der dem am 31. März vorigen Jahres gegründeten Schutzverband österreichischer Konsumentengenossenschaften angeschlossen ist und eine eigene Grosseinkaufsstelle mit Sitz in Dornbirn unterhält. Der Verbande waren Ende 1932 57 Konsumvereine mit 65 Verteilungsstellen, 10,057 Einzelmitgliedern und einem Warenumsatz von rund 7,425,000 Schilling angeschlossen. Der Verband als Grosseinkaufsstelle erzielte in dem am 30. Juni 1933 abgeschlossenen Rechnungsjahre einen Warenverkauf von 1,897,000 Schilling. Der grösste der Verbandsvereine ist derjenige von Lustenau mit 1304 Mitgliedern und 814,000 Schilling Umsatz.

Schweden. Mit dem neuen Jahre gibt der schwedische Konsumgenossenschaftsverband eine neue Zeitschrift heraus. Sie heisst «Vi vill» (Wir wollen) und stellt die Fortsetzung der beiden bis jetzt getrennt erschienenen Zeitschriften «Kooperativa Gruppen» und «Medlemsradet» dar und dient der Tätigkeit des Verbandes auf dem Gebiete der Diskussionsgruppen, Gilden und Mitgliederräte.

Schweiz. Die Schweizerische Genossenschaftsbank schliesst das Jahr 1933 nach Vornahme von Abschreibungen und Rückstellungen inklusive Saldovortrag von rund Fr. 44,500.— von 1932 mit einem Ueberschuss von Fr. 1,255,000.— ab, gegen Fr. 1,237,000.— im Vorjahr.

Spanien. Mit dem Jahre 1934 ist nun auch der 1928 gegründete Nationalverband der Genossenschaften Spaniens zu seinem eigenen Presseorgan gekommen. Vor ein paar Tagen erhielten wir Nummer 1 des 1. Jahrganges der Zeitschrift «El cooperador» («Der Genossenschafter»). Die Zeitschrift verdankt ihr Erscheinen einem Beschluss des Kongresses des Nationalverbandes vom 2. Oktober in Bilbao. Form und Inhalt des neuen Organes sind durchaus erfreulich, so dass man mit Recht sagen kann «Was lange währt, wird endlich gut». Die Zeitschrift erscheint monatlich, zunächst in einer Auflage von 8700 Exemplaren, und zwar in der Hauptstadt des Landes, Madrid, in der ja auch der Sitz des Nationalverbandes ist.

Aus der erwähnten ersten Nummer von «El cooperador» entnehmen wir u. a., dass sich bis heute 1409 Organisationen zur Eintragung auf Grund des neuen Genossenschaftsgesetzes gemeldet haben, dass davon aber nicht weniger als 906 als «zu leicht befunden» und nur 503 als den Vorschriften des Gesetzes entsprechend tatsächlich als Genossenschaften eingetragen wurden. Wir können Spanien in dieser Beziehung nur Glück wünschen. Wie viele Organisationen bedienen sich in unserem Lande der Rechtsform der Genossenschaft, ohne in Wirklichkeit auch nur eine Spur von Genossenschaftlichem an sich zu haben, und diskreditieren durch ihr wiederum nichts weniger als genossenschaftliches Gehaben die wahren Genossenschaften!

Ungarn. Eine Oelkernproduktionsgenossenschaft hat den Export von 2500 Waggons Leinölkernen nach Deutschland durch ein Rahmenabkommen gesichert und die Versorgung der ungarischen Pflanzenölfabriken mit 600 Waggons Oelkernen in die Hand genommen. Die Landwirte, die sich mit dieser Produktion beschäftigen wollen, treten mit der Genossenschaft beim Anbau des Leins in Verbindung, schliessen mit ihr einen Vertrag ab und laufen dadurch kein Risiko mit ihrem Anbau. Die Arbeit der Genossenschaft verbessert auch die Qualität der Produkte, da Leinkerne nur zu 98% rein und mit 38% Oelgehalt übernommen werden. (Korr.)

Aus unserer Bewegung

Aus unseren Vereinen hin und her.

Erfreulich sind die Mehrumsätze, die verschiedene Vereine im neuen Betriebsjahr erzielt haben. So meldet **Frauenfeld und Umgebung** am Ende der ersten sechs Monate eine Erhöhung des Umsatzes. **Romanshorn und Umgebung** verteilte von August bis Januar für rund Fr. 10,500 mehr. **Seen und Umgebung** verzeichnet im Betriebsjahr 1932/33 einen Umsatz von Franken 498,600 gegen 497,300.— im Vorjahr. Mit einer kleinen wertmässigen Verminderung von Fr. 554,400.— auf 553,100.— schliesst **Niederbipp und Umgebung** ab.

Mehr denn je wird man heute die **sozial-wohltätigen Einrichtungen** und Taten der Konsumvereine zu schätzen wissen. So hat **Luzern** für soziale Zwecke im Jahre 1933 über Franken 13,000 verausgabt. **Grenchen** gewährt den Arbeitslosen 10% Ermässigung auf Briketts und Kartoffeln ab Lagerhaus. Mit den Vergabungen an die Verkehrsanstalten und für gemeinnützige Zwecke erreichen die Aufwendungen von **Frauenfeld und Umgebung** Fr. 1750.—. **Niedergerlafingen** hat den ganz und teilarbeitslosen Mitgliedern während den Wintermonaten 1932/33 ausser der gewohnten Rückvergütung noch 5% Rückerstattung auf ihren Warenbezügen entrichtet. — Der **A. C. V. beider Basel** hat als Eigentümer der Burgruine Rothberg bei Metzerlen zum Ausbau dieser Ruine in eine Jugendburg seine Zustimmung erklärt. Die Bauarbeiten werden von jungen Arbeitslosen in der alten bewährten Bauweise aus Stein und Holz unter Aufsicht von Sachverständigen ausgeführt.

Zahlreich sind die Anstrengungen, den Umsatz im laufenden Jahre zu erhöhen. So setzt sich **Uster und Umgebung** zum Ziel, Fr. 800,000.— Umsatz pro 1934 zu erreichen. **Winterthur** rechnet seinen Mitgliedern vor, dass mit den gleichen Unkosten leicht ein Mehrumsatz von Fr. 550,000.— erreicht werden könnte, was für die Betriebsrechnung einen um Fr. 100,000.— erhöhten Ueberschuss bedeuten würde. Auch **Wetzikon** fordert seine Mitglieder auf, sich mit geringen Mehrleistungen Fr. 55,000.— mehr zu ersparen. —

Zum Vergleich mit den in Genossenschaften bezahlten Löhnen erwähnen die **Coopératives Réunies** von **La Chaux-de-Fonds,** dass ein bestimmtes Privatunternehmen seinen Verkäuferinnen Fr. 70.— bis 90.— Gehalt gibt. — In das gleiche Kapitel gehören die zum Schundpreis von Fr. 3.90 verkauften Schuhe. Unter welchem Lohn- und Qualitätsdruck ist dieser Preis zustande gekommen? Mit Recht weist hiezu der **L. V. Zürich** darauf hin, dass sich in diesen Zuständen eine Angriffsfläche für die Mittelständler bieten würde und dass es ein Bestandteil der Kraft unserer Genossenschaftsbewegung ist, dass unsere Arbeiter und Angestellten zu einem anständigen Lohn in unseren Betrieben arbeiten.

Um die Behördemitglieder und das Personal inbezug auf die herrschenden antigenossenschaftlichen Bestrebungen und die entsprechenden Abwehrmassnahmen aufzuklären, hat **Thun-Steffisburg und Umgebung** die betreffenden Personen zu einer Konferenz zusammenberufen.

Verbandsnachrichten

Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 24. und 27. Februar 1934.

1. Der Kreisverband X des V. S. K. (Tessin) hat die diesjährige Frühjahrskonferenz auf den **6. Mai 1934 in Gudo** festgesetzt.

2. Dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi) sind folgende Zuwendungen gemacht worden:

Fr. 300.— von der Siedelungsgenossenschaft Freidorf,
» 100.— von der Allg. Konsumgenossenschaft Grafstal-Lindau,
» 50.— vom Konsumverein Oberkempttal.

Diese Vergabungen werden anmit bestens verdankt.

1. Der Kreisverband IXb des V. S. K. (Graubünden) teilt mit, dass seine diesjährige Frühjahrskonferenz auf den **22. April 1934** angesetzt worden ist. Gemäss Beschluss der Herbstkonferenz vom 29. Oktober 1933 ist **Tamins** als Konferenzort bestimmt worden.

2. Dem Genossenschaftlichen Seminar (Stiftung von Bernhard Jaeggi) sind überwiesen worden Fr. 500.— von der Allg. Konsumgenossenschaft Schaffhausen. Diese Vergabung wird anmit bestens verdankt.

Bibliographie

Eingelaufene Schriften.

Soc. coop. de cons. Strasbourg. Bericht über das 31. Geschäftsjahr, 1. Juli 1932 bis 30. Juni 1933. 44 Seiten.

Eidgen. agrikulturchemische Anstalt Liebefeld-Bern. Bericht über die Tätigkeit im Jahre 1932. Separatabdruck aus dem landw. Jahrbuch der Schweiz 1933. 25 Seiten.

Konsumverein für Dessau und Umgebung e. G. m. b. H. Bericht über das 33. Geschäftsjahr vom 1. Juli 1932 bis 30. Juni 1933. 24 Seiten.

Codisnji Izviestaj Prve radnicke pekarne — Prve radnicke stedionice i Krojacke produktivne zadruge s. o. j.

Edizioni Vita e Pensiero 1933 Milano. 100 Seiten.

Erläuterungen und Bemerkungen der Epa Einheitspreis-Aktiengesellscaft, UNIP Uniprix Société Anonyme, zur Vernehmlassung der Preisbildungskommission des Eidgen. Volkswirtschaftsdepartementes «Zur Warenhausfrage».

Bernische Molkereischule Rütti-Zollikofen. 46. Jahresbericht für das Rechnungsjahr 1932 und für das Schuljahr 1932 bis 1933, erstattet an die Aufsichtsbehörden der Anstalt von Albin Peter.

E. Dürr. Urbanität und Bauerntum in der Schweiz. Separatabdruck aus «Die Schweiz 1934», ein nationales Jahrbuch, 5. Jahrgang. 43 Seiten.

Classe ouvrière suisse. Agenda 1934.

Thorsten Odhe. Det ekonomiska livets mätare, Vad indexen berätta. 72 Seiten.

Schweiz. Handels- und Industrieverein. Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1932. 272 Seiten.

Deutsche landw. Gesellschaft, Erfurt. 40. Reichsschau vom 29. Mai bis 3. Juni 1934.

Publication de l'Institut Social de la République Tchécoslovaque, Prague. Politique et Prévoyance sociales en Tchécoslovaquie du 1er janvier au 31 décembre 1932. Rédigé d'après les Rapports officiels par Jean Ripa, conseiller de section au Cabinet du Ministère de la Prévoyance Sociale, Docteur en droit.

Genossenschaft Schweizer. Mustermesse. Jahresbericht und Jahresrechnung für die Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933. 18 Seiten.

Allg. Konsumverein Elgg. Gedenkschrift zum 25jährigen Bestehen des Vereins 1908—1933, sowie Jahresbericht und Rechnung über das XXV. Geschäftsjahr, umfassend den Zeitraum vom 1. September 1932 bis 31. August 1933. 31 Seiten.

Cooperative Operaie, Triest. 30 anni di Vita, 1903—1933 XII. 64 Seiten.

Statistisches Reichsamt Berlin. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 51. Jahrgang, 1932. 221 Seiten.

Coöperatieve Groothandelsvereeniging «De Handelskamer» G. A. Rotterdam. Coöperatie kinderkalender 1934.

Bell A. G. Basel. Festschrift zum 25jährigen Geschäftsjubiläum. 1908—1933.

Robert Wilbrandt. Konsumgenossenschaften. 96 Seiten.

Co-operative Printing Society Limited. Sixty Years, A Diamond Jubilee Survey by T. W. Mercer, 167 Seiten.

Bericht über die Tätigkeit der **Eidg. landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Oerlikon** für das Jahr 1931. Berichterstatter Dr. F. Wahlen, Vorstand. Separatabdruck aus dem landwirtschaftlichen Jahrbuch der Schweiz 1933. 75 Seiten.

The Co-operative Union, Ltd., Holyoake House, Manchester. Annual Trades and Business Conferences, A survey of Interiors of modern Co-operative Stores.

Osuuskassojen Keskuslittoi R. Y. Helsinki. Das Kreditgenossenschaftswesen in Finnland, Statistische Zusammenfassung 1932.

Milcheinkaufsgenossenschaft schweiz. Konsumvereine

EINLADUNG

zur

XIX. ordentlichen Generalversammlung

Gestützt auf § 25 der Genossenschaftsstatuten, macht der Unterzeichnete hiermit bekannt, dass der Verwaltungsrat beschlossen hat, die diesjährige ordentliche Generalversammlung auf

Sonntag, den 18. März 1934, punkt 14 Uhr
ins **Genossenschaftshaus des Freidorfs** einzuberufen.

Die **Tagesordnung** ist folgendermassen festgesetzt worden:

1. Abnahme des Protokolls der ordentlichen Generalversammlung vom 12. März 1933.
2. Abnahme des Berichts und der Rechnung pro 1933.
3. Wahl von 5 Mitgliedern des Verwaltungsrates mit Amtsdauer bis 1937 und Ersatzwahl für ein Mitglied des Verwaltungsrates mit Amtsdauer bis 1935 an Stelle des verstorbenen Herrn Prof. E. Mugglin/Luzern.

   In den Austritt kommen: E. Angst/Basel, Dr. E. L. Durand/Genf, Dr. B. Jaeggi/Basel, F. Leiser/Bern, F. Michel/Glarus.
4. Wahl von 3 Rechnungsrevisoren.
5. Allfällige Anträge nach § 29 der Statuten.
6. Diverses.

Der Präsident des Verwaltungsrates:
E. Angst.

Basel, den 11. Februar 1934.

Genossenschaft für Möbelvermittlung

EINLADUNG

zur

16. Generalversammlung

auf

Samstag, den 24. März 1934, 14 Uhr,
im **Genossenschaftshaus des Freidorfes** bei Basel.

TRAKTANDEN:

1. Protokoll der Generalversammlung vom 11. März 1933.
2. Jahresbericht und Jahresrechnung pro 31. Dezember 1933.
3. Wahl des Verwaltungsrates.
4. Wahl der Revisoren (Kontrollstelle).

Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt

Angebot.

Bäcker-Konditor, der 6 Jahre mit Erfolg ein eigenes Geschäft geführt hat, sucht Stelle in Konsumverein. Am liebsten Vertrauensstelle. Eventuell Kaution. Offerten erbeten unter Chiffre K. P. 6 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Stelle als Magaziner
sucht tüchtiger junger Mann. Suchender ist in allen schriftlichen Arbeiten gewandt, umsichtig, treu und absolut zuverlässig. Verfügt über flotte Handschrift. Eintritt auf 1. April, event. später. Gute Zeugnisse zu Diensten. Zuschriften unter Chiffre O. K. 19 an den V. S. K. Basel 2.

Mann gesetzten Alters, mit vieljähriger praktischer Erfahrung als Verwalter und Magaziner, sucht Stelle, eventuell auch zur Aushilfe. Anfragen erbeten unter Chiffre U. D. 43 an den V. S. K., Basel 2.

22jähriger, zuverlässiger Bursche sucht Stelle als zweiter **Magaziner** in Konsumgenossenschaft. Kaution könnte geleistet werden. Antritt nach Uebereinkunft. Offerten sind zu richten unter Chiffre E. T. 44 an den V. S. K., Basel 2.

Wir suchen für einen treuen, zuverlässigen 19jährigen Burschen, der 3 Jahre in unseren Diensten stand, anderweitige Anstellung in Konsumverein als **Magaziner** oder als Stütze des Verwalters etc. Offerten erbeten an Konsumverein Ebnat-Kappel, (Toggenburg).

Junger, gelernter **Chauffeur-Mechaniker** (ledig), guter Genossenschafter, sucht Stelle in grösseren Verein. Offerten unter Chiffre N. N. 46 an den V. S. K., Basel 2.

Genossenschaftliche Volksbibliothek

Neue Hefte:

Wie gewinne ich die Jugend für die Genossenschaft?
von Frau Emmy Itin
Preis 50 Cts.

Revision von Konsumgenossenschaften.
Richtlinien für Rechnungsrevisoren
von Dr. Gustav Roeschli
Preis 80 Cts.

Buchhandlung des V. S. K., Thiersteinerallee 9, Basel

Der Genossenschafter in Basel speist im genossenschaftlichen alkoholfreien

Restaurant Pomeranze
Steinenvorstadt 24

Menu von Fr. 1.60 an / Reiche Speisekarte / Gemütliche Aufenthaltsräume im 1. und 2. Stock. Sitzungszimmer.

Allgemeiner Consumverein beider Basel

Redaktionsschluss: 1. März 1934.

Buchdruckerei des Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.), Basel